

10.11.2020

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.5)

Herr Senator Grote trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2020/2269, betreffend

Haushaltsplan 2020: Nachbewilligung nach § 35

Landeshaushaltsordnung im Einzelplan 8.1 -

Erhöhung einer konsumtiven Verpflichtungsermächtigung,

vor.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft und ermächtigt den Präsidenten des Senats, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann

Berichterstattung:
Senator Grote
Staatsrat Krösner

TOP IV. 5
B. Unney

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2020/02269
vom: 06.11.2020
für den Senat
am: 10.11.2020
IV

Haushaltsplan 2020: Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung im Einzelplan 8.1 – Erhöhung einer konsumtiven Verpflichtungsermächtigung

A. Zielsetzung

Erhöhung der konsumtiven Verpflichtungsermächtigung in der Produktgruppe 275.13 Vollzugsunterstützung und Ausbildung des Einzelplans 8.1 um insgesamt 7.365 Tsd. Euro, um die haushalterische Grundlage für den Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Innenministern des Bundes und der Länder zur Einrichtung eines Polizei-IT-Fonds und über die Grundlagen der Zusammenarbeit bei der Modernisierung des polizeilichen Informationsverbunds von Bund und Ländern zu schaffen. Die Vereinbarung wurde auf der Innenministerkonferenz (IMK) vom 04. bis 06.12.2019 durch die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), mit dem haushaltsrechtlichen Vorbehalt, dass die Bürgerschaft einer Bereitstellung entsprechender Verpflichtungsermächtigungen im anschließenden Verfahren zustimmt, unterzeichnet.

B. Lösung

Anpassung des Haushaltsplans 2020 durch Beschluss der beigefügten Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

In der Produktgruppe 275.13 Vollzugsunterstützung und Ausbildung sind im Haushaltsjahr 2020 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4.000 Tsd. Euro für Mieten veranschlagt. Vorgesehen ist die Erhöhung im Umfang von 7.365 Tsd. Euro, um den aktuell noch bestehenden Vorbehalt des Landes Hamburg, mit dem die oben genannte Vereinbarung des Bundes und der Länder versehen ist, haushaltsrechtlich aufzulösen und die Verpflichtung endgültig einzugehen, beginnend ab dem Jahr 2021 die nachstehend aufgeführten Kostenbeteiligungen zu leisten.

2021: 1.044 Tsd. Euro
2022: 1.576 Tsd. Euro
2023: 1.585 Tsd. Euro
2024: 1.582 Tsd. Euro
2025: 1.578 Tsd. Euro

Die entsprechenden Kosten aus Verwaltungstätigkeit sind im Haushaltsplanentwurf 2021/2022 im Einzelplan 8.1 veranschlagt.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Da das geplante Jahresergebnis der Produktgruppe 275.13 des Einzelplans 8.1 unverändert bleibt, ergeben sich keine Auswirkungen auf die Vermögenslage.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Inklusion
- ☐ Bürokratieabbau
- ☐ Gleichstellung

Entfällt.

G. Alternativen

Verzicht der Einwerbung der Verpflichtungsermächtigung mit dem Ergebnis, dass sich Hamburg – entgegen der Absichtserklärung auf der IMK im Dezember 2019 – nicht an der Einrichtung eines länderübergreifenden Polizei-IT-Fonds ab dem Jahr 2021 beteiligt.

H. Anlagen